

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Tourismusgesetz, Gleichberechtigung, Spritzenabgabe, Kredite

Der Landtag steht am Dienstag und Mittwoch vor einer reichbefrachteten Sitzung – Zahlreiche Gesetzesvorlagen und Landesrechnung

(G.M.) – Bevor sich der Landtag für eine längere Sommerpause verabschiedet, haben die 25 Abgeordneten am Dienstag und Mittwoch ein recht umfangreiches Tagesordnungsprogramm zu bewältigen. Auf der Traktandenliste stehen insgesamt 33 verschiedene Geschäfte, die in zwei Sitzungstagen beraten, diskutiert, genehmigt oder verabschiedet werden sollen. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Genehmigung der Landesrechnung 1991 und des Rechenschaftsberichtes der Regierung, aber auch verschiedene Gesetze finden das Interesse der Öffentlichkeit, beispielsweise das Verfassungsgesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder die strafrechtliche Abgabe von sterilen Spritzen an Drogenabhängige.

Gleich zu Beginn hat sich der Landtag mit dem Tourismusgesetz zu beschäftigen, das bereits in dritter Version aus dem Ressort Wirtschaft vorliegt. Die ungeliebte Vorlage, die mehrmals abgeändert wurde, soll in erster Linie eine tragfähige Basis für die Finanzierung der Tourismuswerbung und der damit zusammenhängenden Infrastruktur schaffen, gleichzeitig aber auch die Zielsetzungen des Fremdenverkehrs in unserem Land formulieren. Während die Zielsetzungen in der Vorlage relativ hochgeschraubt erscheinen, die nicht nur die Herausstellung der touristischen Schönheiten unseres Landes umfassen, sondern auch der positiven Selbstdarstellung des Landes dienen sollen, bleibt die Finanzierung auch nach einer Änderung der Umlagepflicht ein umstrittenes Thema. Der Landtag hat die nicht einfache Aufgabe, zwischen diesen beiden Extremen eine Lösung zu finden, die sowohl das Interesse gewisser Teile der Wirtschaft und des Staates am Tourismus wie auch das weitgehende Desinteresse der Bevölkerung am Fremdenverkehr berücksichtigt.

Gleichberechtigung mit oder ohne Frist?

Diskussionen dürfte es auch beim Gesetz über die Verbesserung des Kündigungsschutzes sowie bei der Verfassungsänderung über die Gleichberechtigung von Mann und Frau geben. Beim Kündigungsschutz sind Fragen offen, wie weit sich die vorgeschlagenen Verbesserungen im europäischen Kontext sowie hinsichtlich der Bereitschaft von Arbeitgebern, Arbeitnehmer mit weitreichenden Rechten einzustellen, ausnehmen. Insbesondere in bezug auf den Schutz der weiblichen Arbeitnehmer gab es während der letzten Beratung der Vorlage gewisse Vorbehalte, ob zu weitreichende Bestimmungen sich nicht kontraproduktiv auswirken könnten.

Im Bereich der Gleichberechtigung,

die grundsätzlich ohne Probleme in der Verfassung verankert wird, ergaben sich Fragen hinsichtlich einer Fristsetzung, bis wann die gesetzlichen Bestimmungen an das Verfassungsgesetz anzupassen seien.

Während die Regierungsvorlage eine offene Version vorschlug, die aber ebenfalls eine Verpflichtung zur Änderung der diskriminierenden Gesetzesbestimmungen enthält, forderten einzelne Abgeordnete die Aufnahme einer konkreten Frist für die Anpassung. Der Landtag steht hier vor der Frage, ob er sich selbst einen zeitlichen Rahmen für seine Gesetzestätigkeiten setzen soll oder nicht.

Sterile Spritzen für Drogenabhängige

Der Not gehorchend, angesichts der raschen Ausbreitung von Aids, nicht sonstigen Antrieben, legte die Regierung eine Vorlage vor, welche die Abgabe von sterilen Spritzen an Drogenabhängige straflos möglich macht. Der Landtag hatte sich bei der ersten Behandlung der Vorlage für diese Möglichkeit ausgesprochen,

so dass diese Änderung des Betäubungsmittelgesetzes wohl unter den gegebenen Umständen verabschiedet werden wird. Allerdings ist sich der Landtag des Widerspruchs bewusst, dass einerseits die Abgabe von Spritzenmaterial zur Verhinderung von Aids legalisiert wird, auf der anderen Seite aber die Strafbarkeit des Drogenkonsums und Drogenhandels aufrecht bleibt.

Neues Gesetz über Fachhochschulen

Um die internationale Anerkennung der Liechtensteinischen Ingenieurschule (LIS), die zu einer Fachhochschule umstrukturiert wird, zu erreichen, soll eine gesetzliche Verankerung dieses Bildungsinstituts in einem eigenen Gesetz erfolgen. Die Regierung unterbreitete dem Landtag eine Vorlage, die nicht nur die Ingenieurschule, sondern auch die Internationale Akademie für Philosophie (IAP) und das Liechtenstein-Institut umfasst. Das neue Gesetz soll den Aufgabenbereich der Hochschuleinrichtungen, die Zielsetzungen und die Rechtsstellung

umschreiben. Ausserdem wird die Trägerschaft für die Bildungseinrichtungen gesetzlich verankert. Der Landtag, der in der Vergangenheit die verschiedenen Anträge der Regierung in Richtung europäischer Ausrichtung des Bildungswesens guthiess, dürfte wohl auch diesen Vorschlag der Regierung wohlwollend zur Kenntnis nehmen.

5-Tage-Woche an den Schulen

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses über die 5-Tage-Woche an den Schulen geht die Regierung von der Überzeugung aus, dass der Einführung des schulfreien Samstags nichts mehr im Wege steht. Mit der Abänderung des Schulgesetzes erhält die Regierung die Kompetenz, den unterrichtsfreien Samstag mit Beginn des neuen Schuljahres einzuführen. Nach dieser Gesetzesänderung dürfte wohl ein Schlussstrich unter diese Thematik gezogen werden, doch bleibt zweifellos ein etwas eigenartiges Gefühl über die Taktik der Regierung in dieser Frage zurück.

Stimmungsvoller Verbandsfeuerwehrtag in Triesen

700 Feuerwehrmänner und zahlreiche Gäste trafen sich am Wochenende



Der Reigen der kommenden landesweiten Verbandsfeste wurde dieses Wochenende mit dem 84. Liechtensteinischen Verbandsfeuerwehrtag in Triesen eröffnet. Rund 700 Feuerwehrmänner aus dem ganzen Land trafen sich gestern nachmittag zum gemütlichen Stelldichein im Festzelt in der Blumenau. Bereits am Samstag stand ein feuerwehrtechnischer Wettkampf im Mittelpunkt des zweitägigen Festanlasses. Mehr darüber im Innern der Ausgabe. (Bild: Beat Schurte)

Subventionsrekord der Schweizer Bauern

Bern (spk) Die Schweiz hält bei den Subventionen an die Landwirtschaft unter den Mitgliedsländern der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) weiterhin den Rekord. So beruhte in der Schweiz 1991 wie im Vorjahr 80 Prozent der landwirtschaftlichen Produktionswerte auf staatlichen Eingriffen. In der OECD steigen die Ausgaben für Subventionen weiter.

Die Gesamtkosten der Landwirtschaftssubventionen für den Steuerzahler stiegen 1991 in der Gesamt-OECD um fünf Prozent auf 480 Mrd. Franken, wie der landwirtschaftliche Informationsdienst (LID) am Samstag berichtete. Damit steht fest, dass die OECD-Staaten ihre Beihilfen für die Landwirtschaft auch 1991 weiter ausgebaut haben, so das OECD-Sekretariat in Paris. Die Schweiz spielt vor Japan und den skandinavischen Staaten, die ihre Landwirte zu gut zwei Dritteln unterstützen, weiterhin die Subventions-Spitzenreiterrolle.

Der Anstieg bei den Subventionen wurde 1991 fast ganz auf die Steuerzahler überwältigt.

Umweltgipfel in Rio beendet

Delegierte verabschiedeten drei Dokumente zum Schutz der Erde

Rio de Janeiro (AP) Nach zwölf Tagen ist der UNO-Umweltgipfel in Rio de Janeiro am Sonntag mit der Verabschiedung dreier Dokumente über den Schutz der Erde zu Ende gegangen. Zuvor hatten bereits rund 150 Staaten die verbindliche Klimaschutzkonvention und das Artenschutzabkommen unterzeichnet. Teilnehmer des grössten Gipfels in der Geschichte werteten das Treffen als Schritt in die richtige Richtung, wiesen aber zugleich daraufhin, dass es in den nächsten Monaten und Jahren auf die Umsetzung der Vereinbarungen ankomme. Bundeskanzler Helmut Kohl sprach von einer guten Basis zur Weiterarbeit.

Auf ihrer Abschlussitzung nahmen die Delegierten aus rund 180 Staaten die Agenda 21 an, ein Aktionsprogramm für eine auf das 21. Jahrhundert ausgerichtete umweltverträgliche Wirtschaftspolitik. Ausserdem stimmten sie der Rio-Deklaration zu, in der Prinzipien für eine saubere Umwelt verankert sind sowie einer Grundsatzklärung zum Waldschutz. Offen blieben allerdings verbindliche Zu-

sagen über Umsetzungsfristen und die Finanzierung. Die drei verabschiedeten Dokumente sind im Gegensatz zu der Klimakonvention und dem Artenschutzabkommen nicht bindend. Sie stellen aber eine moralische Handlungsverpflichtung dar.

Nach Ansicht eines Vertreters der Umweltstiftung World Wide Fund for Nature (WWF) bleiben die Ergebnisse von Rio dennoch weit hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück, da die meisten Abkommen in der einen oder anderen Form verwässert worden seien. Aus Protest gegen den ihrer Ansicht nach gescheiterten Gipfel erklommen am Sonntag Aktivisten der Umweltschutzorganisation Greenpeace in aller Welt Schornsteine von Industrieunternehmen und nationale Wahrzeichen. In Hamburg kletterten sechs Umweltschützer den 130 Meter hohen Schornstein einer Raffinerie hoch.

«Der Fehlschlag von Rio wird Konsequenzen haben», sagte Greenpeace-Klimaxperte Wolfgang Lohbeck.

Weiterer Kostenanstieg im Gesundheitswesen

Bern (spk) In den ersten fünf Monaten 1992 sind die Kosten im Gesundheitswesen um bis zu 20 Prozent angestiegen, wie die Krankenkassen melden. Mittels dringlichem Beschluss zwingt der Bundesrat die Krankenkassen dazu, ihre Prämien in diesem Jahr nur um maximal 10 Prozent anzuheben. Die Kassen wollen diese Sparübung abbrechen und ihre Prämien sofort um bis zu 30 Prozent anheben.

Die Schweizer Spitäler, die ihre Sätze in diesem Jahr um rund 17 Prozent hinaufgeschraubt haben, sind die Hauptschuldigen an der Explosion der Kosten im Gesundheitswesen. Diese Meinung vertritt der Vorsitzende der Geschäftsleitung der grössten Schweizer Krankenkasse Helvetia, Felix Egloff, in einem am Sonntag veröffentlichten Interview. Die kantonalen Sanitätsdirektoren rufen die Kassen, weil sie dies mit der Suva nicht tun können, erklärte er gegenüber dem Magazin «Schweizer Illustrierte». Es sei unseriös, dass Aufgaben der öffentlichen Hand, wie zum Beispiel Notfallstationen, auf die Versicherten abgewälzt würden, meint Egloff.

Sport aktuell

Schaan bleibt im Rennen

Der FC Schaan ist im Rennen um den Aufstieg in die 2. Liga weiter dabei. Nach dem 3:0-Heimspiel gegen St. Margrethen gewann die Elf von Trainer Jochen Abel gestern auch das Rückspiel klar mit 5:2. Die nächste Runde steigt am Mittwoch um 20.00 Uhr in Sargans. Schaan trifft dort auf den FC Flums und könnte mit einem Sieg den Aufstieg perfekt machen.

D-Landesmeister ermittelt

Die Fussball-Landesmeister 1992 in der D-Klasse heissen Balzers (Standard) und Schaan (Elite). Sie wurden gestern beim Verbandsturnier in Ruggell in insgesamt 37 Spielen ermittelt.

FC Vaduz A-Landesmeister

Mit einem verdienten 3:0-Sieg gegen den FC Balzers verteidigten die Junioren A des FC Vaduz am Freitagabend ihren im Vorjahr errungenen Landesmeister-Titel erfolgreich.

LVBV-Team tauchte mit 0:3

Zum Auftakt des 3. Volleyball-Turniers der europäischen Kleinststaaten in San Marino setzte es gestern für das neuformierte Liechtenstein-Team gegen Zypern eine erwartete 0:3-Niederlage ab.

Wieder ein Elite-Amateur

Der Liechtensteiner Radfahrerverband hat wieder einen Elite-Amateur: Philippe Quaderer. Der Schaaner qualifizierte sich am Wochenende an der Jura-Rundfahrt auf eindrückliche Art und Weise zum Elitefahrer.

Roland Wille: Landesrekord

An den Kantonalen Leichtathletikmeisterschaften in St. Gallen verbesserte Roland Wille seinen eigenen Landesrekord über 10 000 Meter um über eine halbe Minute. Insgesamt eroberten unsere Athleten acht Meistertitel!

Sieg von Manuela Marxer

Die für Barcelona bereits selektionierte Leichtathletin Manuela Marxer ging gestern beim Mehrkampfmeeting in Landquart als unangefochtene Siegerin hervor und erreichte mit 5836 Punkten ein Resultat, das nur um einen Punkt hinter ihrem Landesrekord liegt.

Drei Menschen bei Verbrechen getötet

Seon/Zürich (AP) Bei mehreren am Wochenende bekanntgewordenen Gewaltverbrechen in der Deutschschweiz sind drei Menschen vorsätzlich umgebracht worden. Im aargauischen Seon wurde eine 33jährige Frau erdrosselt, ein Tatverdächtiger wurde festgenommen. In Zürich wurden am Samstag die Leichen eines Schweizer und eines türkischen Asylbewerbers gefunden, wie die Polizei mitteilte.

Die Leiche der der 33jährigen alleinstehende Heimerzieherin Anne-Marie Bueche wurde bereits am Freitag in ihrer Wohnung in Seon entdeckt. Die Frau, die in einem Heim für milieugeschädigte Kinder tätig war, war am Donnerstag und am Freitag nicht an ihrem Arbeitsplatz erschienen; letztmals war sie am Mittwoch abend lebend gesehen worden.

Gleich zwei Mal musste die Polizei in der Stadt Zürich wegen Tötungsdelikten ausrücken. In der Nacht auf Samstag wurde im Stadtkreis 9 die Leiche eines 38jährigen türkischer Asylbewerbers gefunden. Der Mann war erschossen worden. Am Samstag morgen entdeckte dann ein Taxifahrer in einem abgestellten Auto im Stadtkreis den leblosen Körper eines 34jährigen Schweizer. Der Mann war stranguliert worden, nachdem er zuvor offenbar in eine tätliche Auseinandersetzung verwickelt war.